

Meldungen

zusammengestellt von Karl-Heinz Krämer

Ministerrat erweitert

Um den Koalitionspartner ('National Democratic Party', NDP) und 'Nepal Sadbhavana Party', NSP) entgegenzukommen, verteilte Premierminister Sher Bahadur Deuba ('Nepali Congress', NC) erneut vier Ministerämter. Damit haben nur vier der 19 NDP-Abgeordneten keinen Ministerposten. Auch der zweite verbliebene Abgeordnete der NSP ist nun im Ministerrat. Von Seiten des NC sind "nur" 27 der 82 gewählten Parlamentarier Mitglieder des Ministerrats, womit Unmut in Deubas eigener Partei vorprogrammiert ist. Premierminister Deuba sieht offensichtlich keine andere Möglichkeit, die Lebensdauer seiner Koalitionsregierung zu verlängern, als durch die Vergabe von Posten. Kritik an diesem Vorgehen kommt inzwischen nicht nur von der Opposition, sondern auch aus den Reihen des NC selber. Dessen neuer Vorsitzender, Girija Prasad Koirala, kritisierte öffentlich den Premier. Ihre Unzufriedenheit brachten auch Studenten zum Ausdruck, die aus Protest gegen die Erweiterung des Ministerrats und gleichzeitige Kürzungen der Entwicklungs- und Bildungsetats für kurze Zeit den Verkehr im Herzen Kathmandus blockierten.

NCP (Masal) vor erneuter Spaltung?

Die linksextreme NCP-(Masal) (zur Entstehungsgeschichte dieser Partei siehe Südasien 4/96) hielt Ende Mai in Kapilvastu ihren 7. nationalen Konvent ab. Eine Gruppe um die Parteiführer Mohan Bikram Singh und Chitra Bahadur K.C. sprach sich für eine Beteiligung an zukünftigen Wahlen sowie eine Nutzung des bestehenden parlamentarischen Systems zur Vorbereitung einer neuen Volksrevolution aus. Eine kleine Gruppe um Parteisprecher Dinanath Sharma distanzierte sich von diesem Beschluß. Das Ziel von Masal sei ein fortdauernder Volkskrieg. Mohan Bikram Singh beschränkte sich darauf, die Regierung zu kritisieren und warf ihr vor, sie nutze den Volkskrieg als Vorwand für die Unterdrückung der Maoisten.

Konferenz der 'Rastriya Jana Mukti'

Vom 11.-13. Juni fand in Kathmandu die erste nationale Konferenz der 'Rastriya Jana Mukti Party' ('National People's Liberation Party'; RJMP) statt, an der 650 Delegierte teilnahmen. Die RJMP entstand im Januar 1992 durch

den Zusammenschluß von 'Rastriya Jana Mukti Morcha' und 'Rastriya Janajati Party'.

Beide Vorläuferparteien waren Produkte des Strudels der Demokratiebewegung von 1990. Die RJMP gehört zu den wenigen Parteien, die sowohl 1991 — damals noch als 'Rastriya Jana Mukti Morcha' — als auch 1994 zu den Parlamentswahlen zugelassen wurden, obgleich sie eindeutig ethnische Interessen vertritt. 1994 erhielt die RJMP 1,32 Prozent, konnte aber keinen Sitz erringen. Malbir Singh Thapa Magar, der Vorsitzende der RJMP erklärte, die Partei sei heute in 56 Distrikten repräsentant und verfüge über 17.000 aktive Mitarbeiter. Die Partei setzt sich für eine Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen Nepals proportional zum jeweiligen Bevölkerungsanteil ein. Weitere Anliegen sind der rechtliche Schutz unterdrückter Minderheiten, der Schutz aller Religionen, Sprachen und Kulturen des Landes, die Erziehung in der Muttersprache sowie eine für Konkurrenz offene Industrialisierungspolitik.

Mahakali-Vertrag umstritten

Obleich es im Frühjahr so aussah, als hätten die Vereinbarungen zwischen Nepal und Indien zur Nutzung des westnepalischen Grenzflusses Mahakali die Zustimmung aller bedeutenden Parteien des Parlaments gefunden, reißen die Diskussionen nicht ab. Waren anfangs nur linke Gruppierungen gegen das Vertragswerk, so ist inzwischen auch die führende Oppositionspartei, die 'Nepal Communist Party - United Marxist-Leninist' (NCP-UML) von ihrer ursprünglichen Zustimmung abgerückt. Vertreter der Partei sprechen von gravierenden Abweichungen des Vertragstextes vom ursprünglich vereinbarten Konsens und verlangen eine Offenlegung des Vertragswerks. Die Regierung kommt dieser Aufforderung bisher nicht nach. Der Minister für Wasserressourcen, Pashupati Shamsher Jang Bahadur Rana (NDP), verbreitet ungeachtet dieser Differenzen Zuversicht, daß die Verträge mit Indien in der derzeit laufenden Sitzungsperiode des Parlaments mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden.

Keine Rückkehr

Ganesh Man Singh, der 1994 den 'Nepali Congress' verließ, hat Ende Juni in einem Interview mit der Wochenzei-

tung 'Nepal Jagaran' seine Rückkehr in die Partei kategorisch ausgeschlossen.

Geheimdienstliche Tätigkeiten?

Indische Medien berichten von zunehmenden Aktivitäten des pakistanischen Geheimdienstes ISI in Nepal. Dieser verbreite antiindische Gefühle, Terror im Grenzgebiet und organisiere Bombenanschläge. Waffenschmugglern und nichtnepalischen Muslims würden unter Verwendung hinduistischer Namen illegal Staatsbürgerschaftspapiere verschafft. In einigen Grenzgebieten wie Tribeni, Ratanganj und Susta seien Trainingslager für antiindische Aktivitäten angelegt worden. Es seien Bestrebungen im Gange, den Anteil der muslimischen Bevölkerung zu steigern, um aus dem Hindustaat einen islamischen Staat zu machen.

Derartige dramatisierende Berichte dienen offensichtlich als Anlaß für eine stärkere Präsenz des indischen Geheimdienstes CBI in Nepal, von der die nepalische Presse berichtet. Es heißt, CBI überwache nicht nur alle bedeutenden Straßenverbindungen zwischen Indien und Nepal, sondern sei auch am Tribhuvan Airport und am neuen Buspark in Kathmandu stationiert.

Verhaftungen im Kreditbriefskandal

Am 18. Januar 1996 wurde von der Koalitionsregierung eine Sonderkommission unter Leitung von Lava Raj Sharma eingesetzt, die die Vergabe von Kreditbriefen in der Zeit zwischen Juli 1994 und Oktober 1995 untersuchen sollte.



Keine Rückkehr für Ganesh Man Singh (Foto: Walter Keller)

Diese Kommission legte am 9. Juni ihren Untersuchungsbericht Finanzminister Ram Sharan Mahat vor. Überprüft wurden rund 2.000 Kreditbriefe über einen Wert von 36,15 Millionen US \$. Da die betroffenen Güter am Zoll vorbeigeschleust wurden, ergab sich ein Steuerausfall von 510 Millionen Rupien. Verwickelt in diesen Skandal sind nach den Erkenntnissen der Kommission 92 Firmen und Privatpersonen, darunter alle kommerziellen Banken mit Ausnahme der Nepal Grindlays Bank. Beteiligt waren außerdem Zollbeamte am Tribhuvan Airport von Kathmandu sowie in Nepalganj.

Forderung nach föderalem Staat

Ethnische Parteien und Organisationen mit einer gewissen Bereitschaft zur Militanz haben am 22. Juni erstmals in einer gemeinsamen Erklärung eine stärkere Dezentralisierung und lokale Autonomie gefordert. Die Unterzeichner waren Bhagat Subba ('Sanghiya Limbuwan'), Gopal Khambu ('Khambuwan Rastriya Morcha'), S. P. Thapa Magar ('Magarat Mukti Morcha'), Khushiman Gurung ('Tamuwan Rastriya Parishad'), Dambar Awasthi ('Far-Western Revolutionary Party') und Lama Padma Pakhrin ('Tamang Saling Mukti Morcha'). In der Erklärung heißt es, es sei wünschenswert, Nepal zu einem föderalen Staat zu machen und allen in Nepal lebenden Völkern souveräne Rechte zuzugestehen.

Gopal Khambu begründete die Haltung seiner Organisation mit der fehlenden Dialogbereitschaft der Regierung. Es bleibe nur noch der Weg des Konflikts und Blutvergießens.

Das von seiner Organisation angestrebte souveräne Khambuwan müsse das traditionelle Siedlungsgebiet der Rai umfassen, insbesondere die heutigen Distrikte Khotang, Bhojpur, Sankhuwasabha, Solu-Khumbu, Ramechhap, Udayapur und Okhaldhunga. Der Volkskrieg der Maoisten werde nur moralisch unterstützt; tatsächlich beteiligten werde man sich nicht. Diese Sympathie für die Maoisten sei Folge des Desinteresses der großen Parteien für die Anliegen der ethnischen Gruppen des Landes.

Bir Nemwang, Vorsitzender des 'Limbuwan Mukti Morcha', einer militanten Organisation der ebenfalls in Ostnepal beheimateten Limbu, erklärte in einem Interview: "Der Limbuwan Mukti Morcha wurde während der Panchayat-Zeit zur Befreiung der Menschen in Limbuwan, dem traditionellen Hauptsiedlungsgebiet der Limbu, gegründet. Ein autonomer Status für dieses Gebiet ist der einzige Weg, die Rechte der dort lebenden Menschen zu schützen. Ohne einen solchen Status werden die Herr-

scher von Nepal weiterhin Menschen aus anderen Gegenden im Limbugebiet ansiedeln und die Limbu von ihrem Land vertreiben. Wir wollen keine Spaltung der Nation, sondern lediglich eine Autonomie. Zur Zeit tragen wir dieses Anliegen auf friedlichem Wege vor. Sollte dies nicht zum Erfolg führen, sind wir auch zu militanten Wegen bereit. Dann könnte es in Nepal einen Bürgerkrieg ähnlich wie in Afghanistan geben".

Die 'Nepal Samajvadi Janata Dal', die im vergangenen Jahr durch Abspaltung von der an der Koalitionsregierung beteiligten 'Nepal Sadbhavana Party' gebildet wurde, legte Premierminister Deuba am 16. Mai einen Forderungskatalog vor.

Die wichtigsten Forderungen dieser tarai-orientierten Partei sind: sofortige Entsendung offizieller Abordnungen in alle Dörfer des Landes, um Staatsbürgerschaftspapiere auszustellen; sofortige Maßnahmen zur Preiskontrolle; sofortige Rücknahme der jüngsten Preiserhöhungen für Petroleum, Dünger und Elektrizität; Anhebung der Gehälter im Staatsdienst um 25 Prozent; Durchsetzung der allgemeinen Grundschulpflicht; Stipendien für Schüler und Studenten aus rückständigen Bevölkerungsgruppen; Kontrolle der Waldabholzung; Erstellung eines umfassenden und integrierten nationalen Entwicklungsprogramms; vorrangige Landzuweisung an Landlose; Beendigung der Politisierung im Erziehungsbereich; Eindämmung der Umweltverschmutzung und Verbesserung der Wasserversorgung im Kathmandutal; Verbot des Mitgiftsystems für Frauen; spezielle Programme zur Förderung der Ethnien und rückständigen Bevölkerungsgruppen; soziale Gerechtigkeit; Einführung eines föderalen Staates und Reservierung von Parlamentssitzen.

'Nepal Janajati Mahasangh'

Am 7. Juni begann in Patan der dritte nationale Konvent des 'Nepal Janajati Mahasangh' (NJM), des Dachverbandes von inzwischen 22 gemäßigten ethnischen Organisationen. Parshuram Tamang wurde in seinem Amt als Generalsekretär bestätigt. Im Gegensatz zu den zuvor genannten ethnisch orientierten Organisationen sehen sich die des 'Nepal Janajati Mahasangh' nicht als politische Parteien, wenden sich aber dennoch mit politischen Forderungen an den nepalischen Staat.

Demonstration gegen Amtomtests

Am 11. Juni kam es in Kathmandu zu einer Demonstration gegen die chinesischen Nukleartests, zu der die kürzlich gegründete 'Human Rights and Peace

Society' aufgerufen hatte. Die Demonstration wurde jedoch sofort durch die Polizei beendet. 15 Personen wurden verhaftet, darunter auch der Vorsitzende der Organisation, Krishna Pahadi. Andere Berichte erwähnten darüber hinaus die Verhaftung von Mitarbeitern von Amnesty International (Nepal).

Behandlung politischer Flüchtlinge

Die 'Himalaya Times' kritisierte in ihrer Ausgabe vom 14. Juni die unterschiedliche Behandlung tibetischer und bhutanischer Flüchtlinge: "Die Chinesen haben in letzter Zeit ihre militärischen Überwachungsmaßnahmen in Tibet etwas gelockert. Tibeter nutzen diese Gelegenheit verstärkt, um aus ihrem Land zu fliehen. Es gibt jedoch keinen grundlegenden Wandel in der chinesischen Tibetpolitik. Es ist daher unangebracht, den Tibetern den Status politischer Flüchtlinge abzuerkennen. Wir haben die Bhutaner, die über ein drittes Land nach Nepal gekommen sind, als Flüchtlinge aufgenommen, schicken aber gleichzeitig die Tibeter, die direkt aus Tibet nach Nepal flüchten, in ihr besetztes Land zurück."

Grundrechte mißachtet

Vor kurzem kam es in Solu-Khumbu zu einem Zwischenfall, der sich in ähnlicher Weise auch andernorts in Nepal ereignet haben könnte und die bisher geringe Umsetzung der teilweise hochstehenden Ideale der nepalischen Verfassung verdeutlicht. Anlaß war ein Einbruch im buddhistischen Mönchkloster von Takshindu. Zumindest erklärte der Vorsteher des Klosters gegenüber der Polizei, der Inhalt der aufgebrochenen Spendenbox und ein Teppich seien entwendet worden. Der von ihm beschuldigte Mönch, Daore Pasang Sherpa aus Deku, wurde nach Salleri gebracht, zehn Tage von der Polizei eingesperrt, ohne einem Hafttrichter vorgeführt zu werden. Mehrfach wurde er geschlagen und verlor nach Zeugenaussagen während der Folter wiederholt das Bewußtsein.

Da er nicht zu einem Geständnis bereit war, wurde er wieder freigelassen. Nun beschuldigte der Kloostervorsteher Pemba Sherpa aus Shiteling und einen anderen Mönchsschüler, den Diebstahl begangen zu haben. Wieder verfuhr die Polizei mit den beiden wie zuvor mit Daore Pasang. Nach sieben Tagen der Folter wurden auch die beiden Mönchsschüler wieder freigelassen. Obgleich auch jetzt kein Richter involviert wurde, forderte man Pemba Sherpa auf, sich bis zur Zahlung von 50.000 Rupien regelmäßig bei der Polizei im fünf Stunden entfernten Salleri zu melden.